

## Neue Umweltstandards für Kraftwerke in der EU: Worum geht es?

Stand: April 2017

Wenn die EU-Staaten am 28. April darüber abstimmen, ob es neue Vorgaben für den Schadstoffausstoß von großen Kraftwerken geben soll, steht viel auf dem Spiel. Hier unsere Antworten zu den wichtigsten Fragen:

### Was wird neu geregelt und von wem?

Aus den Schornsteinen der Kraftwerke gelangt ein giftiger Mix an Schadstoffen in die Umwelt. Kohlekraftwerke sind die emissionsintensivsten, anders gesagt, die dreckigsten und giftigsten Anlagen. Wie viel von den Schadstoffen durch technische Vorkehrungen vermeidbar ist und welche Höchstmengen zulässig sind, wird jetzt für die ganze EU für zehn Jahre neu geregelt. Es geht um Schadstoffe wie Feinstaub, Stickoxide, Schwefeldioxid und Quecksilber, die Luft, Wasser und Böden verschmutzen und unsere Gesundheit massiv schädigen. Festgelegt werden die neuen Standards im Rahmen der EU-Richtlinie für Industrieemissionen, die dort festgelegten Bandbreiten für den Schadstoffausstoß sind dann in den EU-Staaten erstmals verbindlich. Sie müssen aber noch in nationales Recht übertragen werden, in Deutschland ist das die Bundesimmissionsschutzverordnung. Die Vorgaben können national auch ehrgeiziger ausfallen, ab 2021 müssen sie eingehalten werden.

Rund drei Jahre lang und deutlich länger als geplant, haben zahlreiche Experten aus den Mitgliedsstaaten, der EU Kommission, der Industrie und von NGOs darüber beraten, welche Schadstoffreduzierungen nach den „besten verfügbaren Technologien“ erreichbar sind. Der Einfluss der Industrie war stark, in vielen „Länderdelegationen“ fanden sich ebenfalls Industrievertreter. Die jetzt vorgesehenen Standards entsprechen daher auch nicht dem, was technisch möglich wäre, sondern eher dem, was als der Industrie zumutbar und wirtschaftlich vertretbar erachtet wurde – und dennoch wären die neuen Standards eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Status quo. Ende April stimmen die Mitgliedsstaaten im Komitologieverfahren und damit auf Ebene von Beamten im sogenannten „Artikel 75-Ausschuss“ endgültig über die neuen Vorgaben ab.

### Warum sind die neuen Regeln gerade für Kohlekraftwerke so wichtig?

Es gibt Tausende Industrieanlagen in Europa, die giftigen Dreck in die Luft schleudern. Auch die Ende April zur Abstimmung stehenden Vorgaben für große Kraftwerke umfassen deutlich mehr als nur die rund 280 Kohlekraftwerke in der EU. Aber Kohlekraftwerke sind unter den 55.000 Anlagen der Industrie die schmutzigsten: sie sind für über die Hälfte der Schwefeldioxid-Belastung verantwortlich und für je rund 40 Prozent der Stickoxid- und Feinstaub-Emissionen. – Der Vollständigkeit halber: Kohlekraftwerke verursachen auch 18 Prozent der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen in der EU, in Deutschland rund ein Drittel.

Schon heute hält über die Hälfte Kohlekraftwerke in der EU die geltenden Mindeststandards nicht (alle) ein und operiert mit Ausnahmegenehmigungen. Das ist ein Riesensproblem für unsere Gesundheit.

Besonders betroffen sind Menschen, die ohnehin schon unter chronischen Erkrankungen wie Asthma und chronischer Bronchitis leiden. In Deutschland zählen etwa 20 Prozent der Bevölkerung zu dieser „vulnerablen Gruppe“. Der Klimawandel, zu dem Kohlekraftwerke ebenfalls überproportional beitragen, verschärft zudem die Gesundheitsproblematik gerade bei Stickoxiden wie medizinische Untersuchungen gezeigt haben.

Nach Zahlen von 2013 führten die Kraftwerksemissionen zu jährlich fast 23.000 vorzeitigen Todesfällen in der EU – das ist nur geringfügig weniger als Menschen im Straßenverkehr ums Leben kamen. Mit den vorgeschlagenen neuen Standards könnte diese erschreckende Zahl auf rund 9.000 vorzeitige Todesfälle reduziert werden. Würde EU-weit wirklich die beste verfügbare Technik eingesetzt, würde sich die Zahl auf 2.600 Fälle reduzieren lassen. Die durch Kohleemissionen verursachten Gesundheitskosten (etwa für Behandlungen und Krankenhausaufenthalte) liegen in der EU bei 32 bis 62 Mrd. Euro pro Jahr.<sup>1</sup> Diese Kosten und das echte Leiden, das dahinter steht, würden durch weniger Schadstoffe deutlich gemindert. Wichtig ist: die neuen Vorgaben gelten in der ganzen EU, denn die Schadstoffemissionen machen vor Ländergrenzen nicht halt.

### **Kosten und Nutzen: Wie viele Kraftwerke sind in Deutschland betroffen und was wird durch Nachrüstung erreicht?**

Die allermeisten Kohlekraftwerke in Deutschland können die neuen Grenzwerte bereits heute oder mit geringen Nachrüstungen einhalten. Für einige, vor allem alte Braunkohle-Kraftwerke, stellen die neuen Stickoxidvorgaben eine Herausforderung dar. Viele der betroffenen Anlagen sind allerdings solche, die auch aus Klimaschutzgründen als erstes vom Netz gehen müssen, wenn nach der Bundestagswahl über einen Kohleausstieg verhandelt wird. Kraftwerke wie Jämschwalde (BBG) oder Weissweiler (NRW), die die Höchstwerte deutlich überschreiten, haben ohnehin keine lange Betriebsperspektive mehr.

Vorgeschlagen ist eine durchschnittliche Jahreshöchstmenge von 175 Milligramm (mg) Stickoxid (NO<sub>x</sub>) pro Kubikmeter Abgas. Das würde bei manchen Kraftwerken die Nachrüstung zum Beispiel eines Katalysators erforderlich machen. Diese Filtertechnik (SCR), die bei Steinkohleanlagen längst Standard ist, würde die Stickoxid-Emissionen sogar noch viel deutlicher absenken, unter 80 Mikrogramm wären möglich. Auch eine kostengünstigere Variante der Entstickung (SNCR) wäre möglich, die auch eine deutliche Reduzierung der Schadstoffmengen ermöglicht.

Deutschland hat bereits ein großes Stickoxid-Problem. Die EU-Kommission hat ein Verfahren gegen Deutschland angestrengt, weil vielerorts die zulässigen Höchstwerte überschritten werden. Hauptverursacher ist der Verkehr, aber Kraftwerke tragen 25 Prozent zur Gesamtbelastung bei. Stickoxide, insbesondere Stickstoffdioxid, führen zu erhöhter Sterblichkeit, zu Verschlechterungen bei Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie chronischer Bronchitis und Asthma und anderem mehr. Es trägt auch zur Versauerung von Böden und Gewässern bei.

Die Braunkohleindustrie hat massiv Lobby gegen die neue NO<sub>x</sub>-Vorgabe gemacht, weil sie die Kosten für die Filtertechnik scheut. Die betroffenen Kraftwerke, das sieht die Richtlinie vor, könnten aber auch ihre Betriebsstunden deutlich reduzieren und so die Vorgaben einhalten oder sich im Einzelfall um eine begründete Ausnahme bei den Behörden bemühen.

Den vermeintlich unzumutbaren Nachrüstkosten stehen allerdings allein in Deutschland Gesundheitskosten durch Kohleemissionen von insgesamt knapp 12 Mrd. Euro pro Jahr gegenüber. Allein durch die neuen Standards würde diese Rechnung um 2,5 Milliarden Euro reduziert – und die greifen nicht mal auf den neusten Stand der Technik zurück.

---

<sup>1</sup> EEB, CAN, HEAL, Sandbag, WWF (2016/17): Die dunkle Wolke über Europa lichten.

## **Wie verhält sich die deutsche Regierung und warum ist das wichtig?**

Das federführende Umweltministerium unter Ministerin Barbara Hendricks gibt bis jetzt dem Druck der Braunkohle-Lobby nach und setzt sich für eine Aufweichung des Stickoxid-Grenzwertes ein. So könnten auch die dreckigen deutschen Braunkohlekraftwerke ohne Nachrüstungen auskommen. Argumentiert wird, die Reduktion gegenüber dem Status quo fiel zu gering aus, da sähe man von neuen Auflagen lieber ab. Dabei wird ignoriert, dass Deutschland natürlich auch national einen ehrgeizigeren Wert festlegen könnte und nicht bloß den Mindestwert. Vor allem aber bedeutet der jetzt vorgesehene Höchstwert, dass die dadurch erforderliche Nachrüstung von Filter-Technik die Emissionen in allen EU-Staaten drastisch sinken würden, deutlich unter den Höchstwert von 175 mg. Letztlich wäre im Einzelfall auch eine Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörden möglich, um den Weiterbetrieb zu ermöglichen.

Es droht, dass Deutschland nun wegen einigen Braunkohlekraftwerken, die aus Klimaschutzgründen ohnehin bald vom Netz gehen müssen, den neuen Umweltstandards insgesamt nicht zustimmt. Damit wäre ein drei Jahre langer Verhandlungsprozess, aber vor allem besserer Umwelt- und Gesundheitsschutz in der ganzen EU topediert oder zumindest noch einmal weiter verzögert. Denn sollte Deutschland mit seinem großen Stimmengewicht die Zustimmung verweigern, ist das ganze Paket der neuen Umweltstandards gefährdet. Auch Enthaltung würde wie Ablehnung gewertet.

Es kommt also auf die Stimme der Bundesregierung an – und somit auf die Haltung von Barbara Hendricks als federführender Ministerin, nicht minder aber auf die von Wirtschaftsministerin Zypries und Kanzleramtsminister Altmaier. Deren Häuser sind ebenfalls nicht vom neuen Stickoxid-Wert überzeugt. – Wir hätten da einen Tipp: Deutschland macht nach der Bundestagswahl rasch den Kohleausstieg komplett, dann gehen die betroffenen Anlagen ohnehin geregelt vom Netz und Deutschland verhindert jetzt nicht bessere Luft in ganz Europa.

## **Wie gefährlich sind Kohlekraftwerke für unsere Gesundheit in Deutschland?**

Die rund 280 europäischen Kohlekraftwerke tragen stark zur Luftverschmutzung bei. Ihre giftigen Emissionen an Feinstaub, Schwefeldioxid, Stickoxiden, Quecksilber und anderem verteilen sich hunderte Kilometer weit, werden von Menschen eingeatmet oder durch die Umwelt und Nahrung aufgenommen. Deutschland ist von allen EU-Staaten am stärksten durch diese Kraftwerke betroffenen – und zwar nicht nur durch deutsche, sondern stark vor allem auch durch polnische (Braunkohle-) Kraftwerksemissionen. Braunkohlekraftwerke haben noch einmal deutlich höhere Emissionen als Steinkohlekraftwerke. Nicht umsonst zählen deutsche Braunkohlekraftwerke wie Jänschwalde, Niederaußem, Neurath oder Weissweiler immer zur Liste der dreckigsten Kohlekraftwerke in ganz Europa.

Allein hierzulande sterben pro Jahr 3.600 Menschen vorzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung durch Kohle. Davon sind statistisch 1.600 Fälle allein auf die Stickoxid-Belastung zurückzuführen. Die Kohleemissionen verursachen zudem rund 2.000 zusätzliche Fälle chronischer Bronchitis bei Erwachsenen und rund 88.000 Tage mit Asthmasymptomen bei Kindern (vgl. Fn. 1). Schon durch die – wenig ambitionierten – neuen Grenzwerte würden die Gesundheitsauswirkungen spürbar reduziert, z.B. um rund 1000 Todesfälle und 20.000 Asthmatage pro Jahr.

### **Ansprechpartnerin:**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Tina Löffelsend

Leiterin Energie- und nationale Klimapolitik

Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

Tel: + 49 30 275 86-433, Email: [tina.loeffelsend@bund.net](mailto:tina.loeffelsend@bund.net)